

KOMMENTAR

Weltklimarat: Es geht um Fakten, nicht um Glauben

Vor Kurzem hat das häufig als Weltklimarat bezeichnete IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) die Ergebnisse seines fünften Sachstandsberichts vorgelegt. Die drei Berichtsteile beschäftigen sich mit den wissenschaftlichen Grundlagen der Klimaänderung, den Folgen, der Anpassung und Verwundbarkeit sowie dem Klimaschutz. Das Ziel des Sachstandsberichts ist die Zusammenstellung des vorhandenen Wissens und dessen Einordnung in den gesellschaftlichen Kontext sowie die Identifikation der Stabilität der Ergebnisse. Zusätzliche Forschungsergebnisse generiert die Vielzahl der beteiligten Wissenschaftler hingegen nicht. Insgesamt lässt sich festhalten, dass eine Existenz des Klimawandels kaum zu leugnen ist. Die fraglos vorhandenen Unsicherheiten über naturwissenschaftliche Zusammenhänge und über Konsequenzen des Klimawandels sprechen indes eher für weitere, vermehrt interdisziplinäre Forschungsanstrengungen und vorsorgendes Handeln als für ein Warten auf vermeintlich sicheres Wissen. Dabei sollte man die Sachstandsberichte künftig wieder als das auffassen, was sie im Kern sind, nämlich eine thematische Informationssammlung und kein Politikinstrument für oder gegen eine bestimmte „Glaubensrichtung“.

SvS

IN DIESER AUSGABE

Bewerberdiskriminierung am Ausbildungsmarkt Seite 1/2

Russlands Bedeutung für Deutschland und Hamburg Seite 3

Konjunkturprognose: Konjunkturaufschwung festigt sich Seite 4

ARBEITSMARKT

Bewerberdiskriminierung am Ausbildungsmarkt

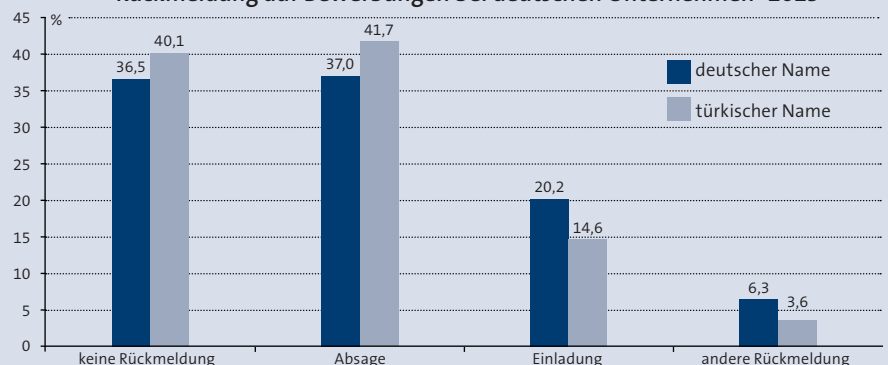
Die duale Berufsausbildung ist ein zentrales Handlungsfeld im Konzept zur Fachkräftesicherung, mit dem die Bundesregierung in Kooperation mit den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit bis zum Jahr 2025 bis zu 300.000 zusätzliche Fachkräfte gewinnen möchte. Doch die Zahl der neuen Ausbildungsverträge ist weiterhin rückläufig; Unternehmen klagen über Nachwuchsprobleme, in manchen Branchen und Regionen deutet sich ein akutes Problem beim Fachkräftenachwuchs an. Dies liegt auch daran, dass die Betriebe bei der Besetzung ihrer Lehrstellen durch Diskriminierung wertvolles Potenzial unberücksichtigt lassen, wie eine Studie des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) belegt. Von Jan Schneider

Ausbildungsstatistiken zeigen es bereits seit Jahren: das Potenzial von Jugendlichen mit Migrationshintergrund wird bislang nicht hinreichend erschlossen. Trotz aller Bemühungen münden sie seltener in eine duale Ausbildung ein als Jugendliche ohne Migrationshintergrund und bleiben häufiger ohne Ausbildung in einem anerkannten Beruf. Als Ursache für die deutlich geringeren Chancen auf einen Ausbildungsplatz gilt meist, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund durchschnittlich schlechtere Noten und Schulabschlüsse vorweisen als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. Dieser Fak-

tor kann den Unterschied jedoch nicht hinreichend erklären, wie vertiefende Analysen des Bundesinstituts für Berufsbildung gezeigt haben.

Junge Migranten fühlen sich in der Bewerbungsphase häufiger benachteiligt als Jugendliche aus der Mehrheitsbevölkerung. Damit korrespondieren Forschungsergebnisse, die nach der Auswahl- und Einstellungspraxis von Betrieben, also ihrer „Diskriminierungsbereitschaft“ fragen. So ergab eine Studie in Süddeutschland, dass für 35 % der befragten 410 Ausbildungsbetriebe der „kulturelle Hintergrund“ der

Rückmeldung auf Bewerbungen bei deutschen Unternehmen* 2013



*Insgesamt wurden 1.688 Unternehmen in die Auswertung einbezogen.

Quelle: SVR-Forschungsbereich 2014: Diskriminierung am Ausbildungsmarkt. Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven, Berlin

Bewerber bei der Vergabe einer Lehrstelle eine Rolle spielt.

Im Rahmen eines Korrespondenztests sollte ermittelt werden, ob es an der Schwelle zum Ausbildungsplatz tatsächlich zu Diskriminierung kommt. Dazu hat der SVR-Forschungsbereich jeweils zwei fiktive Bewerbungen von männlichen Zehntklässlern an insgesamt 1.794 Unternehmen verschickt, die einen Ausbildungsplatz für die Berufe Kfz-Mechatroniker/in oder Bürokaufmann/-frau zu besetzen haben. Die fiktiven Schüler waren deutsche Staatsangehörige, hatten überdurchschnittliche Noten und ein einschlägiges Praktikum absolviert. Beide gaben Deutsch als ihre Muttersprache an. Der einzige Unterschied war, dass einer von ihnen einen türkischen Namen hatte und der andere einen deutschen. Die Namen der Bewerber lauteten Lukas Heumann und Ahmet Aydin (Bürokaufmann) sowie Tim Schultheiß und Hakan Yilmaz (Kfz-Mechatroniker). Die beiden gleichwertigen Bewerbungen trafen kurz hintereinander bei den Ausbildungsbetrieben ein. Gemessen wurde dann das telefonische und schriftliche Rückmeldeverhalten der Unternehmen über einen Zeitraum von gut drei Monaten. Erhielt einer der fiktiven Kandidaten eine Einladung zum Gespräch oder Praktikum, wurde innerhalb eines Werktags eine höfliche Absage verschickt.

Das Ergebnis: Die Bewerber mit türkischem Namen wurden gegenüber Bewerbern mit deutschem Namen klar benachteiligt. Sie haben nicht nur seltener überhaupt eine Rückmeldung auf ihre Bewerbung erhalten. In den Fällen, in denen es zu einer Kontaktaufnahme seitens der Betriebe kam, handelte es sich häufiger um eine direkte Absage und seltener um eine Einladung zum Vorstellungsgespräch, als bei den Bewerbern mit dem deutschen Namen (siehe Abbildung).

Auf die konkreten Bemühungen der Schulabgänger bezogen bedeutet dies einen erheblichen Mehraufwand für Bewerber mit türkischem Namen: So muss bei den Unternehmen, die Ausbildungsplätze als Kfz-

Mechatroniker ausgeschrieben hatten, der Kandidat „Tim“ durchschnittlich vier Bewerbungen schreiben, um zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, sein Konkurrent „Hakan“ braucht sieben Versuche. Auch die Unternehmensgröße entscheidet: In Kleinbetrieben mit unter sechs Mitarbeitern ist die Diskriminierung am stärksten. Es fiel zudem auf, dass die Unternehmen die fiktiven Bewerber unterschiedlich anredeten: Bewerber mit deutschen Namen wurden eher mit Nachnamen adressiert und gesiezt, Kandidaten mit einem türkischen Namen häufiger geduzt und mit Vornamen angeredet.

Während des Bewerber-Screenings, bei dem eine Auswahl für die Durchführung von Vorstellungsgesprächen getroffen wird, können verschiedene Faktoren zur Ursache von Diskriminierung werden. Neben manifesten Vorurteilen oder stereotypen Zuschreibungen, unbewussten oder intuitiven Assoziationen beziehungsweise Tendenzen zur Bevorzugung bestimmter (ethnischer) Bezugsgruppen führen auch Risikorerwartungen durch befürchtete Vorbehalte bei Kunden oder bei der eigenen Belegschaft zu Ungleichbehandlung: Wenn ein Firmenchef davon ausgeht, dass seine Kunden einen Azubi mit Migrationshintergrund weniger akzeptieren oder das Betriebsklima leiden könnte, wird er sich eher für einen Bewerber aus der Mehrheitsbevölkerung entscheiden. Außerdem tendieren nach der Theorie der sozialen Identität die meisten Menschen dazu, sich mit „ihresgleichen“ zu solidarisieren, also auch bei der Auswahl von Personal die eigene Bezugsgruppe zu präferieren. In vielen Fällen sind sich also die Personalverantwortlichen gar nicht darüber im Klaren, dass sie diskriminieren. Dennoch erhalten bestimmte Personen trotz gleicher Qualifikationen und Bewerbungsqualität aufgrund ihrer (ethnischen) Merkmale keine Einladung zum Vorstellungsgespräch – und sind damit im Hinblick auf die Lehrstelle chancenlos.

Die Auswirkungen dieser Diskriminierung können gravierend sein: Wenn qualifizierte

Kandidaten nur deshalb nicht zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden, weil ihr Name ausländisch klingt, geht dem angespannten Ausbildungsmarkt wertvolles Potenzial verloren; Bemühungen um die Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland werden dadurch zusätzlich torpediert. Insbesondere klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) stehen in vielen technischen Ausbildungsberufen in starker Konkurrenz um eine stetig schrumpfende Zahl geeigneter Bewerber – und können sich unter diesen Umständen Diskriminierung keinesfalls leisten.

Mögliche Interventionsansätze in Unternehmen betreffen Sensibilisierungsmaßnahmen, um Vorurteile und Stereotype besser zu erkennen, sowie eine Steigerung der allgemeinen Diversitätskompetenz über Schulungen; der Nachweis interkultureller Kompetenzen könnte zukünftig Bestandteil der Ausbildereignungsprüfung sein. Ein probates und pragmatisches Mittel wäre die möglichst flächendeckende Einführung anonymisierter Bewerbungsverfahren, mit denen Diskriminierung im ersten Bewerbungsschritt ausgeschlossen werden kann. Hierfür benötigen allerdings insbesondere KMU die Unterstützung von Kammern oder der öffentlichen Hand, um zeiteffiziente und kostengünstige Prozesse einzuführen.

Der Abbau von Ungleichbehandlung beim Zugang zur dualen Ausbildung muss aus zwei Gründen weit oben auf der politischen Agenda stehen. Erstens sind Unternehmen mehr und mehr darauf angewiesen, das gesamte vor Ort zur Verfügung stehende Potenzial auszuschöpfen, um den Fachkräftenachwuchs zu sichern. Zweitens ist Bewerberdiskriminierung gerade für junge Menschen ein fatales Signal: Denn wenn chancengleiche Teilhabe allein wegen eines ausländisch klingenden Namens unmöglich ist, kann deren Glaube an die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft schwinden.

Dr. Jan Schneider leitet den Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) und ist Research Fellow des HWWI.

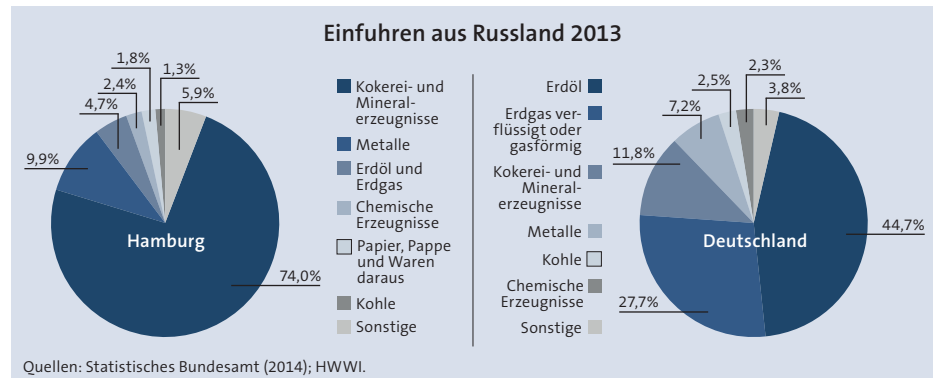
Russlands Bedeutung für Deutschland und Hamburg

Seit dem Konflikt um die Krim haben sich die Spannungen zwischen Russland und der Ukraine deutlich verschärft. Weitere Handelseinschränkungen oder Sanktionen zwischen Russland und der Europäischen Union (EU) sind möglich. Eine aktuelle HWWI-Studie im Auftrag der Hamburger Sparkasse untersucht, welche Auswirkungen eine weitere Eskalation der Ukraine-Krise auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und insbesondere in Hamburg haben könnte. Von Anja Rossen

Russland ist nicht nur das flächenmäßig größte Land der Welt, sondern auch das neunt einwohnerreichste Land. In den vergangenen zehn Jahren ist Russland überproportional stark gewachsen und hat an Gewicht in der Weltwirtschaft gewonnen. Für die russische Wirtschaft spielen die Erlöse aus Gas- und Ölverkäufen eine wichtige Rolle. 2012 lagen sie bei rund 360 Mrd. US-Dollar und entsprachen damit 18 % des russischen Bruttoinlandsproduktes. Somit ist Russland aber auch im hohen Maße von den Entwicklungen auf den Energiemärkten abhängig. Gleichzeitig spielt der nordosteuropäische Staat als zweitgrößter Öl- und Gasproduzent selber eine sehr wichtige Rolle auf den Energiemärkten.

Bei einer Ausweitung der Krim-Krise wären verschiedene Handelssanktionen seitens der EU denkbar, die unter anderem die Rüstungs- und die Exportindustrie treffen würden. Sollte Russland selber Sanktionen verhängen und die Gas- und Öllieferungen einschränken, wäre mit erheblichen Folgen für die globalen Märkte zu rechnen.

Aufgrund nur geringer eigener Vorkommen ist Deutschland auf absehbare Zeit auf Energieimporte angewiesen. Zurzeit importiert die Bundesrepublik den größten Teil seines Öls und Erdgases aus Russland (35 %) und ist kurzfristig stärker von russischen Energielieferungen abhängig als die Weltwirtschaft. Sollten russische Ölimporte ausfallen, könnte ein Teil potenziell aus Arabien importiert werden. Auch über die Möglichkeit des Imports von Gas aus den USA wurde spekuliert. Dort ist es mit Hilfe des „Fracking-Verfahrens“ in den letzten Jahren gelungen, die heimische Öl- und Gasproduktion stark auszudehnen. Hierbei stellt sich aber die Frage, wieviel günstiger dies wäre, denn bei der Umwandlung des



Gases in seine flüssige Form für den Transport und die Rückumwandlung im Bestimmungshafen fallen zusätzliche Kosten an. Das Fracking in Europa selber ist umstritten, da es mit erheblichen Umweltrisiken verbunden ist. Ein vollständiger Ausfall aller Lieferungen russischer Energie ist jedoch nicht zu erwarten, da auch Russland vom Handel mit Europa profitiert.

Der Anteil Russlands an den Hamburger Im- und Exporten ist mit 4,1 % bei den Einfuhren und 2,0 % bei den Ausfuhren vergleichsweise gering. Dennoch ist der Handel in beide Richtungen seit 2002 überproportional gewachsen. Sowohl Deutschland als auch Hamburg importieren aus Russland überwiegend Mineralölprodukte und Rohstoffe wie Kupfer (siehe Abbildung), was den eurasischen Staat zu einem wichtigen Handelspartner der Industrierbranche macht. Für den Containerumschlag in Hamburg spielt Russland eine noch größere Rolle. Container aus aller Welt, die für Russland bestimmt sind, werden in den Häfen der Nordsee, insbesondere in Hamburg, von großen Containerschiffen auf kleinere Zubringerschiffe umgeladen.

Ein Ausfall der Exporte nach Russland würde als direkten Effekt einen Rückgang der Umsätze der deutschen Industrie um circa 10 Mrd. Euro bedeuten. Die negativen

indirekten Effekte über die Verflechtungen mit Vorleistungen und Dienstleistungen kumulieren sich zu über 16 Mrd. Euro, was zusammen 0,7 % der deutschen Wertschöpfung entspricht. Für die hamburgische Industrie würde der direkte Effekt einen Rückgang der Umsätze um 45 Mio. Euro sowie einen weiteren Rückgang der Wertschöpfung von 15 Mio. Euro durch indirekte Effekte bedeuten. Diese geschätzten Effekte stellen auf der einen Seite zwar eine Obergrenze dar, weil ein vollständiger Ausfall aller Lieferungen nach Russland nicht zu erwarten ist. Andererseits berücksichtigen die Effekte nicht, dass Russland für verschiedene Länder im Ostseeraum eine zentrale Rolle als Handelspartner spielt. Länder wie Finnland, die Slowakei, die baltischen Staaten und Bulgarien bezogen 2012 ihr gesamtes Gas aus Russland. Handelsbeschränkungen hätten für diese Länder viel gravierendere Folgen als für Deutschland. Die negativen Effekte dort hätten dann aber auch wieder hierzu-lande Folgewirkungen.

PARTNERPUBLIKATION

Bräuninger, M.; Biermann, F.; Leschus, L.; Rossen, A. (2014): Wirtschaftsfaktor Russland, Haspa Hamburg-Studie, Hamburg.

Download unter: http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Partnerpublikationen/Haspa/2014_05_22_HWWI_Haspa_Russland.pdf

Konjunkturaufschwung festigt sich

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) hat seine Konjunkturprognose für Deutschland aktualisiert. Aufgrund der kräftigen Entwicklung der Investitionen und des weiterhin starken Konsums im ersten Quartal wird für dieses Jahr statt wie bisher 1,7 % ein Wachstum von 2,2 % erwartet. 2015 dürfte sich das Expansionstempo weiter beschleunigen und das Bruttoinlandsprodukt sich um rund 2 ½ % erhöhen. Die Binnenkonjunktur wird hierbei nach wie vor der Wachstumstreiber sein. *Von Anja Rossen*

Im vergangenen Quartal ist die deutsche Wirtschaft mit einer Rate von 0,8 % so kräftig wie seit drei Jahren nicht mehr gewachsen. Einen wesentlichen Beitrag daran hatte die Bauwirtschaft, die vom äußert milden Winter profitierte (+3,6 %). Der sonst übliche Frühjahrsaufschwung wurde dadurch vorgezogen, wobei die Wachstumsimpulse im ersten Quartal ausschließlich von der Binnenkonjunktur kamen. Während die Importe kräftig gestiegen sind (+2,2 %), erhöhten sich die Exporte lediglich um 0,2 %, sodass der Außenbeitrag insgesamt einen negativen Wachstumsbeitrag (-0,9 %) lieferte. Aufgrund von Korrektoreffekten nach dem starken Anstieg des Bruttoinlandsproduktes zu Beginn des Jahres ist im zweiten Quartal mit einer etwas geringeren Wachstumsrate zu rechnen. Dennoch wird für den restlichen Jahresverlauf eine stabile konjunkturelle Dynamik erwartet.

Die Einführung des Mindestlohnes und der abschlagsfreien Rente mit 63 wird die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zwar dämpfen, sie bleibt aber positiv. Denn die konjunkturelle Belebung sollte für eine weitere Erhöhung der Beschäftigung sorgen, sodass sich insgesamt ein positives Beschäftigungswachstum von rund 0,5 % in den nächsten beiden Jahren ergibt. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte zurückgehen und 2015 bei rund 2,8 Mio. Personen liegen.

Mit zunehmender Auslastung der Kapazitäten und Einführung des Mindestlohnes sollte sich der Preisdruck verstärken und die Inflationsrate 2015 wieder nahe der 2 %-Stabilitätsmarke liegen. Bei steigenden

Eckdaten der Konjunkturprognose für Deutschland
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bruttoinlandsprodukt ¹	4,0	3,3	0,7	0,4	2,2	2,4
Private Konsumausgaben	1,0	2,3	0,8	0,9	1,5	1,7
Konsumausgaben des Staates	1,3	1,0	1,0	0,4	1,1	1,4
Anlageinvestitionen	5,7	6,9	-2,1	-0,8	5,7	5,2
Ausrüstungen	10,0	5,8	-4,0	-2,4	6,3	6,9
Bauten	3,2	7,8	-1,4	-0,2	5,7	3,9
Sonstige Anlagen	2,3	5,1	3,4	3,0	2,9	5,3
Inlandsnachfrage	2,4	2,8	-0,3	0,7	2,2	2,4
Ausfuhr	15,2	8,0	3,2	0,9	5,7	6,3
Einfuhr	12,5	7,4	1,4	1,5	6,2	7,0
Arbeitsmarkt						
Erwerbstätige	0,5	1,4	1,1	0,6	0,6	0,4
Arbeitslose (Mill. Personen)	3,24	2,98	2,90	2,97	2,84	2,79
Arbeitslosenquote ² (in %)	7,4	6,8	6,5	6,6	6,3	6,2
Verbraucherpreise	1,2	2,1	2,0	1,5	1,6	2,1
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-4,2	-0,8	0,1	0,2	0,3	0,3
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	6,4	6,8	7,4	7,5	7,4	7,2

¹) Preisbereinigt ²) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept) ³) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit, ab 2014: Prognose des HWWI.

Reallöhnen wird der private Konsum auch im Prognosezeitraum wichtige Wachstumsimpulse liefern. Die Erhöhung des Beitragsatzes zur Pflegeversicherung sollte den Konsum im nächsten Jahr leicht dämpfen.

Die Investitionstätigkeit wird im Prognosezeitraum kräftig bleiben, die Baugenehmigungen entwickeln sich robust und die Einkommen steigen. Dennoch sollte Ende des Jahres ein Wendepunkt erreicht sein, sodass für 2015 mit einem etwas geringeren Wachstum bei den Investitionen zu rechnen ist (+5,2 %).

Mit stetiger Belebung der Weltwirtschaft und vor allem der Erholung im Euroraum dürften die Exporte zum Ende des Jahres wieder anziehen und sich im nächsten Jahr weiter entfalten. Die momentan hohe Investitionstätigkeit sollte bereits jetzt zu steigenden Importen führen, sodass vom Außenbeitrag sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr kein nennenswerter Wachstumsbeitrag zu erwarten ist.

Das Staatskonto sollte im gesamten Prognosezeitraum ein leicht positives Finanzierungssaldo aufweisen. Auf der Ausgabenseite führen die Ausweitung der Rentenversicherung, die voraussichtlich ab dem 1. Juli wirksam wird, zu Mehrausgaben von 4,4 Mrd. Euro in diesem und 9 Mrd. Euro im nächsten Jahr. Außerdem stehen Investitionen in die Infrastruktur und dem Städtebau an. Das Betreuungsgeld entfaltet in diesem Jahr seine volle Wirkung und die Mittel zur Beseitigung der Flutschäden von 2013 sollten nun vermehrt abgerufen werden. Auf der Einnahmeseite führt der Konjunkturaufschwung zu einem erhöhten Steueraufkommen. Die Staatschuldenquote sollte bei dieser Entwicklung weiter zurückgehen und 2015 bei rund 72 % liegen.

Die Krise in der Ukraine, die Entwicklung der Preise im Euroraum und ein schlecht kommunizierter Ausstieg aus der sehr expansiven Geldpolitik stellen momentan die wohl größten Risiken für diese Prognose dar.